

**Marija Kolak,
Präsidentin des
Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)**

Statement

Jahrespressekonferenz

16. März 2021

Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR

Melanie Schmergal
Abteilungsleiterin Kommunikation
und Öffentlichkeitsarbeit /
Pressesprecherin

Cornelia Schulz
Pressesprecherin

Steffen Steudel
Pressesprecher

Schellingstraße 4
10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-1300

presse@bvr.de
www.bvr.de
twitter.com/BVRPresse
facebook.com/BVRBerlin

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als wir vor einem Jahr unseren ersten Livestream zur Jahrespressekonferenz des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken (BVR) starteten, haben wir alle gehofft, wir würden uns in dieser Runde bald persönlich wiedersehen. Zusätzlich digital natürlich, aber eben nicht nur. Denn der direkte, persönliche Austausch mit Ihnen, der Finanzpresse, ist wirklich nicht durch einen Livestream zu ersetzen. Auch wenn ich mich freue, dass wir nun wenigstens auf diese Art und Weise miteinander diskutieren können. Meine Vorstandskollegen Gerhard Hofmann und Dr. Andreas Martin hoffen wie ich sehr, bald wieder mit Ihnen in Frankfurt oder auch in Berlin zusammenzukommen.

Dies ist nach März und Juli vergangenen Jahres nun schon die dritte Pressekonferenz des BVR im Zeichen der Pandemie. Die deutschen Genossenschaftsbanken – das sind 814 Volksbanken und Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD Banken und genossenschaftliche Spezialinstitute – haben sich in der Pandemie gut behauptet. Mehr noch, sie standen ihren mittelständischen und privaten Kundinnen und Kunden als verlässliche Finanzpartner zur Seite. Im **Geschäftsjahr 2020** setzte sich der Wachstumstrend im Kredit- und Einlagengeschäft fort. Getragen vom gutem Kundengeschäft legten die Genossenschaftsbanken hier um 6,2 Prozent (Kredite) und 7,6 Prozent (Einlagen) zu. Der Zinsüberschuss war mit minus 1,9 Prozent rückläufig, während der Provisionsüberschuss erneut zulegen (um 3,8 Prozent). Der vorläufige Jahresüberschuss erreichte 2,1 Milliarden Euro.

Die deutschen Genossenschaftsbanken haben im November auf der Mitgliederversammlung des BVR eine strategische Weichenstellung vorgenommen. Dabei gilt es, die Herausforderungen, die sich aus dem veränderten Kundenverhalten, der beschleunigten Digitalisierung, den weiter steigenden regulatorischen Anforderungen an Banken und der andauernden Niedrigzinsphase ergeben, aktiv zu gestalten. Leitbild bleiben die selbstständigen und regional agierenden Genossenschaftsbanken. Das Handlungsprogramm umfasst die Bereiche Marktbearbeitung, Plattformökonomie und Effizienz in der genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Meine Damen und Herren, gerade in Zeiten der Coronapandemie zeigt sich für Mittelstandskunden, wie wichtig eine zuverlässige, stabile Geschäftsbeziehung zur Hausbank vor Ort ist. Die Genossenschaftsbanken standen mit passgenauen Finanzierungslösungen für ihre Firmenkunden unter Einbeziehung öffentlicher Fördermittel bereit. Bei den **KfW-Corona-Förderkredit** halten Genossenschaftsbanken einen Marktanteil von knapp 30 Prozent des Antragsvolumens. Per Ende Dezember 2020 vermittelten sie fast 47.600 Corona-Förderkreditanträge mit einem Antragsvolumen von mehr als 10,1 Milliarden Euro an die KfW oder Landesförderinstitute. Auch die entschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung im Coronajahr 2020 halfen, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronapandemie gerade auch für

den Mittelstand abzumildern. Mit dem KfW-Sonderprogramm einschließlich KfW-Schnellkredit, bei dem die KfW-Haftungsfreistellung durch den Bund gedeckt wird, sowie den Förderprogrammen der Landesförderinstitute und Bürgschaftsbanken stehen Unternehmen wichtige Instrumente zur Unterstützung ihres Liquiditätsbedarfs zur Verfügung. Angesichts dieses breiten Corona-Förderkreditangebots halte ich zusätzliche Förderangebote nicht für erforderlich. Die positiven Erfahrungen beim KfW-Corona-Sonderprogramm mit vereinfachtem Verfahren – bei haftungsfreigestellten Förderkrediten bis zu 3 Millionen Euro pro Unternehmen übernimmt die KfW die Risikoprüfung der Hausbank – zeigen übrigens, dass es sinnvoll wäre, dies generell bei haftungsfreigestellten KfW-Förderkrediten einzuführen, beispielsweise bis 1 Million Euro. An dieser Stelle möchte ich auch gern noch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Genossenschaftsbanken danken, die in der Pandemie für ihre Kunden immer erreichbar waren – ob samstags, aus dem Homeoffice oder in Split Teams.

Meine Damen und Herren, für die unmittelbar vom **Lockdown** betroffenen wichtigen Bereiche des deutschen Mittelstandes wie Gastgewerbe und stationärer Nicht-Lebensmittel-Einzelhandel ist die Situation trotz aller Hilfen inzwischen existenzbedrohend. Der anhaltende Lockdown zehrt die Reserven auf. Für diese Branchen werden die aufgelaufenen Umsatzverluste wohl in diesem Jahr nicht mehr auszugleichen sein. Die mittelständischen Unternehmen brauchen eine verlässliche und evidenzbasierte Öffnungsstrategie, mit der die Wirtschaft rasch wieder hochfahren kann. Mehr Impfstoffe, bessere Testkapazitäten und das jahreszeitlich wärmere Wetter bieten Chancen für ein besonnenes schrittweises Handeln.

Mit Blick auf die Industrie, die auf einem soliden Wachstumskurs ist, und die positiven Tendenzen bei den Dienstleistern – wie etwa bei unternehmensnahen Dienstleistern oder in der Informations- und Kommunikationstechnologie – rechne ich dennoch mit einem dynamischen **Wirtschaftsaufschwung** ab dem Frühjahr. Im ersten Quartal dürfte die Wirtschaftsleistung jedoch leicht zurückgehen. Das Wirtschaftswachstum dürfte im Gesamtjahr preisbereinigt bei 3,2 Prozent liegen. Im kommenden Jahr werden wir mit 4,5 Prozent ein noch stärkeres Wirtschaftswachstum sehen, die Dynamik wird aber allmählich zurückgehen. Der private Verbrauch wird der wichtigste Treiber der Konjunktur sein. Nachdem der Lockdown den Konsum stark dämpfte, werden im Zuge einer Öffnung sicherlich auch Mittel in die Wirtschaft zurückfließen, die die privaten Haushalte im Lockdown zusätzlich ansparten.

Die Inflation dürfte im Durchschnitt dieses Jahres deutlich auf 2,3 Prozent steigen. Der Anstieg der Inflation reflektiert aber nicht nur die bessere Konjunktur in Deutschland und weltweit, sondern ebenfalls deutliche Sondereffekte. Ich denke da an das Ende der Mehrwertsteuer-

senkungen und den Start der CO₂-Bepreisung in den Sektoren Verkehr und Wärme. Mittelfristig wird die Teuerungsrate in Deutschland wieder leicht absinken. Im kommenden Jahr dürfte die Verbraucherpreisinflation mit 1,8 Prozent etwas niedriger liegen als in diesem Jahr. Auch im Euroraum ist ein konjunktureller Aufschwung in Sicht. Doch während die Wirtschaftsleistung vor Corona in Deutschland schon im Jahr 2022 wieder erreicht wird, wird die Erholung im Euroraum länger dauern. Hier rechne ich in diesem und auch im kommenden Jahr nicht mit einem nachhaltigen Anstieg der Inflation über die Marke von 2 Prozent. Die starken finanzpolitischen Impulse haben sowohl Deutschland als auch dem gesamten Euroraum geholfen, einen markanten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Gleichzeitig stabilisierten sie auch die Situation der meisten Unternehmen. Die Kehrseite ist ein Hochschnellen der Staatsschuldenquoten. Es ist wichtig, diese Schritt für Schritt wieder zu reduzieren. Noch nicht in diesem Jahr, aber sobald die Erholung auf einer gefestigten Grundlage steht, spätestens aber ab dem Jahr 2023.

Das Zurückführen der **Schuldenquote** nach der Finanzkrise war eine wichtige Leistung. Hier hat die Schuldenbremse einen entscheidenden finanzpolitischen Beitrag geleistet. Nach Bewältigung der Coronakrise ist die Finanzpolitik erneut gefordert, verantwortungsvoll zu handeln, um die Handlungsfähigkeit wieder voll herzustellen. Alle Signale, als Reaktion auf die Pandemie die Schuldenbremse aufzugeben und auch gleich die Steuern zu erhöhen, halte ich für falsch. Gerade bei Unternehmen sollte in der kommenden Legislaturperiode eine deutliche Absenkung der Steuertarife ins Auge gefasst werden. Die Belastung der Unternehmen sollte auf maximal 25 Prozent begrenzt werden, was etwa dem durchschnittlichen Niveau der fortgeschrittenen Volkswirtschaften entspricht. Das stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, erhöht die Investitionsanreize und ist gut für das Wirtschaftswachstum.

Immer öfter versucht die Politik – auch unabhängig von Corona – in den wirtschaftspolitischen Kreislauf einzugreifen: Stichwort Mietendeckel. Mittlerweile unterstützen Parteien sogar Initiativen zur Enteignung von Grund und Boden oder legen gleich selbst Gesetzesvorschläge zur Vergesellschaftung vor. Selbst die Bundesregierung plant einen Provisionsdeckel bei Restschuldversicherungen. Dies zeigt leider, dass ordnungspolitische Eingriffe kein Einzelfall mehr sind und in bestehende Verträge ohne Bedenken eingegriffen wird. Uns macht diese Entwicklung zunehmend Sorgen. Dies vergiftet nicht nur das gesellschaftspolitische Klima in Deutschland, sondern schadet unserem Wirtschaftsstandort und verhindert dringend notwendige Investitionen. Trotz hohen Seegangs in der Krise und zunehmenden Wahlkampfgetöses darf der Kompass ordnungspolitischer Solidität nicht gleich als erstes über Bord gehen.

Andauernde Forderungen aus dem Kreise der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nach

einer Vergemeinschaftung der **Staatsschulden** sollten genauso entschieden zurückgewiesen werden wie Vorschläge zur weiteren Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Die grundsätzlich richtige solidarische Unterstützung durch die Gemeinschaft in Form des NextGenerationEU-Programms im letzten Herbst war überhaupt nur nötig geworden, weil die Finanzpolitik in den hochverschuldeten Mitgliedsstaaten bereits zuvor falsch ausgerichtet war. Ein stabiler Euro braucht solide Staatsfinanzen. Jetzt ist die Zeit für glaubwürdige Strategien, um die Schuldenquoten zurückzuführen und EU-Mittel konsequent für Zukunftsinvestitionen einzusetzen.